

22 - 1291

*An die
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Frau Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 26. Jänner 2023

Selbständiger Antrag

**der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Ilse Benkö auf
Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Keine Möglichkeit eines Asylantrags in Österreich“**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Keine Möglichkeit eines Asylantrags in Österreich“

In rund 10 Entschließungsanträgen hat die FPÖ seit Beginn der laufenden Gesetzgebungsperiode aufgezeigt, dass die Asylpolitik der Bundesregierung einem Totalversagen entgegensteuert und rasche Maßnahmen gefordert. Spätestens mit dem Dringlichkeitsantrag im vergangenen November, wo bereits abzusehen war, dass 2022 in Österreich mehr Asylanträge gestellt werden als im Rekordjahr 2015, hätte auch Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil handeln und die Grundversorgungsvereinbarung sofort kündigen müssen.

Nichts dergleichen wurde auf Bundes- und Landesebene getan und noch vor Weihnachten 2022 die Anzahl von 110.000 Asylanträgen überschritten, was einem 66-Jahres-Rekord entspricht. Besonders betroffen – wie immer – das Burgenland, wo die meisten Flüchtlinge über die Staatsgrenze kommen, nachdem sie bereits durch teilweise mehrere EU-Länder durchgewinkt wurden. In Ungarn, einem sicheren Drittstaat nach der Dublin II-Verordnung, wurden zum Vergleich nicht einmal 50 Asylanträge gestellt – im ganzen Jahr!

Bedauerlicherweise wird immer öfter über teils strafrechtlich relevante Vorfälle mit Asylwerbern berichtet. Daneben die wachsende Angst der Bevölkerung vor allem in grenznahen Gemeinden, wo Gruppen von vorwiegend Jungmännern gesichtet werden, die vorher von Schleppern nahe der grünen Grenze abgesetzt werden. Die Schlepper selbst wiederum überlasten nach deren Festnahmen die Justizanstalten. Die Dunkelziffer bleibt jedenfalls hoch...

Überschattet wurde die aus dem Ruder gelaufene Situation jedoch in der Nacht auf den 18. Dezember 2022, wo ein 42-jähriger Familienvater in Schattendorf vermutlich von einem 18-jährigen syrischen Staatsbürger bei einer Rauferei so heftig attackiert wurde, dass er wenige Tage später verstarb. Es bleibt zu hoffen, dass dieser Fall vollständig aufgeklärt wird, die tiefe Betroffenheit wird aber jedenfalls erhalten bleiben.

Die Bundesregierung, insbesondere in Form des Bundeskanzlers und Innenministers, hat die vergangenen Monate leider nur zugesehen und sich noch um zusätzliche Quartiere gekümmert, anstatt Lösungen für ein Ende der Massenzuwanderung zu suchen. Es erscheint als eine Verhöhnung der österreichischen Bevölkerung, im Rahmen der „Operation Fox“ eine 30-köpfige (!) Polizeieinheit aus Österreich nach Ungarn zu schicken, um irreguläre Migration zu verhindern. Für unser Land, wo derzeit EU-weit pro Kopf die meisten Asylanträge gestellt werden, ist es jetzt auch zu spät, um auf gemeinsame Maßnahmen der EU zu warten.

Da die österreichische Grundversorgung an ihre Grenzen stößt und die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet wird, müssen nun Maßnahmen auf nationaler Ebene gesetzt werden. Daher sollten in Österreich bis auf weiteres keine Asylanträge mehr gestellt werden dürfen und neue Asylwerber sofort aufgrund der Drittstaatenregelung in sichere Drittländer

abgeschoben werden. Nach Vorbild des ehemaligen Innenministers Herbert Kickl sollten dazu Asyl-Aufnahmezentren in Ausreisezentren umfunktioniert werden.

Damit könnten alle laufenden Asylverfahren korrekt abgehandelt werden und würde die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung massiv erhöht werden. Es wäre zugleich ein wichtiges Signal an die EU, deren fehlgeleitete Asylpolitik nicht mehr mitzutragen. Im Gegenzug dazu könnte Österreich einen Beitrag zur Hilfe vor Ort in Staaten leisten, wo wirklich Krieg, Gewalt und Verfolgung herrschen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge angesichts der eskalierenden Flüchtlingssituation die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen schaffen, dass bis auf weiteres in Österreich keine Asylanträge mehr gestellt werden können und sofortige Abschiebungen in sichere Drittländer durchgeführt werden.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Rechtsausschuss zuzuweisen.